

# Postauto-Affäre: Ausfahrt verpasst

Die strafrechtliche Bewältigung lässt auf sich warten, auch weil eine versprochene Reform nicht angepackt wurde.

Florence Vuichard

Alle hatten den Handlungsbedarf erkannt: der Nationalrat, der Ständerat und auch der Bundesrat. «Wir sind auch der Meinung, dass das Verwaltungsstrafrecht an die Entwicklungen (...) anzupassen ist», sagte die damalige Justizministerin Simonetta Sommaruga am 24. September 2015 im Ständerat. Also vor knapp sechs Jahren. Getan hat sich in dieser Sache jedoch nichts, oder jedenfalls nicht viel.

Die Folge: Die in der Zwischenzeit aufgefliegenen Skandale um zu viel bezogene Subventionen bei Postauto und dem Bahnunternehmen BLS müssen nun mit dem alten Verwaltungsstrafrecht bewältigt werden. Ganz zum Ärger des Bundesamtes für Verkehr (BAV): «Das BAV sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Modernisierung des Verwaltungsstrafrechts», betont auch Amtsdirektor Peter Füglistaler auf Anfrage. «Die unklare Situation könnte im schlimmsten Fall dazu führen, dass eine strafrechtliche Klärung von grossen Subventionsfällen aus verfahrensrechtlichen Fragen nicht zu Stande kommt.»

## Grosse Fälle überfordern die Ämter

Den Anstoss zur versprochenen Modernisierung des Verwaltungsstrafrechts gab 2014 der damalige Nationalrat und heutige Ständerat Andrea Caroni. Der freisinnige Politiker ist auch sieben Jahre später noch immer der Meinung, dass hier Handlungsbedarf bestehe. Es sei unbestritten, dass die alten Rezepte «in keiner Weise» mehr genügen, hält Caroni im besagten Vorstoss fest. «Die teils hochkomplexen Verfahren mit Bussen von bis zu mehreren Millionen Franken verlangen nach einem rechtsstaatlich einwand-



Die juristische Aufarbeitung des Postauto-Skandals muss noch manche Kurve nehmen. Bild: Urs Bucher

freien, gleichzeitig verfahrensökonomischen Rahmen.»

Das Verwaltungsstrafrecht, das aus dem Jahr 1974 stammt, setzt auf ein Expertensystem. Das heisst: Im Konfliktfall ist je-

## «Das Bundesamt für Verkehr sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Modernisierung des Verwaltungsstrafrechts.»

Peter Füglistaler  
Chef Bundesamt für Verkehr

weils jenes Amt zuständig, das die Sache auch sonst behandelt. «Das ist im Grundsatz richtig», sagt Philipp Matthias Bregy, Nationalrat, Mitte-Fraktionschef und Strafrechtsspezialist. «Denn oft geht es um sehr technische Fragen, die ein spezifisches Fachwissen verlangen.» Doch die Spezialisten aus den Ämtern seien bei grossen Straffällen mit millionenschweren Deliktsummen überfordert.

Oder anders gesagt: Dem Verkehrsamt fehlen die Kompetenzen, um einen 200-Millionen-Postauto-Fall vor Gericht zu stemmen. «Da mangelt es an Ermittlungserfahrung, an Ressourcen», erklärt Bregy. Ganz zu schweigen davon, dass im konkreten Fall auch gewisse Interessenskonflikte bestehen könnten. Dementsprechend war es nur logisch, dass der Postauto-Fall an ein anderes Amt weiter-

gegeben worden sei. Doch auch das beauftragte Bundesamt für Polizei (Fedpol) wollte den Fall nicht selbst übernehmen – und gab die Verfahrensleitung an den alt Bundesrichter Hans Mathys und an den Neuenburger Kantonsrichter Pierre Cornu ab. Doch genau diese Weitergabe an Externe ist im Verwaltungsstrafrecht nicht vorgesehen, weshalb die Anklage im Postauto-Fall sowohl vom Berner Wirtschaftsgericht sowie vom Obergericht für nichtig erklärt wurde. Es brauche jetzt beim Verwaltungsstrafrecht dringend Anpassungen und Vereinfachungen, sagt Bregy: «Der heutige Zustand ist unhaltbar.»

Nun hat das Bundesamt für Justiz (BJ) die Arbeit an der Modernisierung des Verwaltungsstrafrechts doch noch aufgenommen: «Der Vorentwurf und erläuternde Bericht zur Total-



Orten Handlungsbedarf: Ständerat Andrea Caroni (l.) und Nationalrat Philipp Matthias Bregy. Bild: Key

revision des Verwaltungsstrafrechts ist in Vorbereitung und soll voraussichtlich im Frühjahr 2022 in die Vernehmlassung gehen», heisst es jetzt beim Amt. Damit würde das Versprechen acht Jahre nach der Einreichung des Vorstosses von Caroni endlich erfüllt. «Die Arbeiten haben sich aufgrund von anderen prioritären Geschäften verzögert.»

## Fedpol verfolgt zwei Pisten parallel

Für die Subventionsskandale bei Postauto und BLS kommt die Reform freilich zu spät. Das BJ betont denn auch, dass «Fälle wie diese mit der aktuellen Gesetzgebung behandelt werden können». Es bleibt ja auch nichts anderes übrig. Das Fedpol hofft weiterhin, dass seine Anklage als gültig erklärt wird, und hat deshalb Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht gegen die ablehnende Haltung der bernischen Vorinstanzen.

Gleichzeitig hat das Amt sich auf die Suche nach einer neuen Verfahrensleitung gemacht. Doch den Fall noch mal neu aufzurollen, wird Zeit brauchen. Zeit, die vor allem den Beschuldigten hilft im Postauto-Fall. Denn je länger das Verfahren dauert, desto mehr Tatbestände verjähren. Für Delikte, die vor 2014 getätigt wurden, ist es ohnehin schon zu spät, für Tatbestände nach 2014 sieht das Verwaltungsstrafrecht eine Frist von zehn Jahren vor.

## Zoom greift für 14,7 Milliarden zu

**Videokonferenzen** Zoom kauft für 14,7 Milliarden Dollar Five9, einen Spezialisten für in der Cloud betriebene Callcenter. Durch die Kombination der beiden Unternehmen wolle man die Kommunikation von Unternehmen mit ihren Kunden verändern, hält Zoom fest. Zu Kunden von Five9 gehören Firmen wie die Sportartikel-Anbieter Under Armour und Lululemon.

Aktionäre von Five9 sollen für eine Aktie 0,5533 Zoom-Papiere bekommen. Eine Aktie von Five9 wird folglich mit 200.28 Dollar bewertet, am Freitag schloss der Handel mit dem Papier bei 177.60 Dollar. Die Aktionäre müssen der Transaktion noch zustimmen. Zoom hofft auf einen Abschluss im ersten Halbjahr 2022. Zoom selbst ist seit April 2019 am Aktienmarkt notiert. Die Bewertung lag beim Börsengang bei gerade mal 9 Milliarden Dollar. Heute ist das Unternehmen – auch dank Corona – knapp 107 Milliarden Dollar wert. (dpa)

## EU will mehr Bio und mehr Tierwohl

**Agrarpolitik** Grüner und tierfreundlicher soll die Agrarwirtschaft der Zukunft werden: Die EU-Länder wollen einen deutlichen Ausbau der Bio-Landwirtschaft vorantreiben. Die Agrarministerien der EU-Länder einigten sich auf Schlussfolgerungen, die unter anderem vorsehen, dass bis 2030 ein Viertel der Agrarfläche in der EU für Bio-Landwirtschaft genutzt werden soll. Am Abend wollten sich die Staaten zudem über gleich drei Initiativen für mehr Tierwohl austauschen. Dabei ging es um Käfighaltung, Putenmast und das Kükenschreddern. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski zeigte sich zudem erfreut, dass US-Agrarminister Tom Vilsack ähnliche Ansätze wie Europa verfolge. (dpa)

# «Der Alkoholverzicht ist ein Heiligtum»

Der frühere Migros-Finanzchef Mario Bonorand will kein Bier und keinen Wein im Migros-Regal – aus mehreren Gründen.

Seit Jahren wird immer wieder darüber diskutiert, ob die Migros alkoholische Getränke verkaufen soll – entgegen der Philosophie von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler. Nun werden die Delegierten der Genossenschaft im Herbst erneut über diese Frage abstimmen, wie die «SonntagsZeitung» berichtet. Der Ex-Migros-Manager Mario Bonorand, der als Denner-Präsident beim Verkauf des Discounters mit seinem Alkoholsortiment an die Migros involviert war, nimmt Stellung.

## Die Migros-Delegierten stimmen diesen Herbst über den Verkauf von Alkohol ab. Kommt der Antrag durch?

Mario Bonorand: Das kann ich mir nicht vorstellen. Es ist ja auch nicht das erste Mal, dass diese Idee auf den Tisch kommt,

das gab es in der Vergangenheit immer mal wieder. Manche Leute möchten halt alte Zöpfe abschneiden.

## Die Hürden für Verkauf

Um in ihren Filialen Alkohol verkaufen zu können, müsste die Migros ihre Statuten ändern. Dafür müssten die 111 Delegierten einer Urabstimmung zustimmen (Zweidrittelmehrheit der anwesenden Stimmen nötig), in welcher dann die Mitglieder aller zehn regionalen Genossenschaften über das Thema befinden könnten (über 2 Millionen Mitglieder). Noch ist das Anliegen für die Delegiertenversammlung im Herbst nicht traktandiert, laut der «SonntagsZeitung» gilt eine Urabstimmung aber als sicher. (gjo)

## Und wieso halten Sie das nicht für realistisch?

Weil die Ideen, die Werte von Gottlieb Duttweiler noch immer sehr stark sind. Vom Kulturprozess bis hin zur demokratischen Genossenschaft – und eben auch dem Verzicht auf Alkohol und Tabak. Viele Delegierte sehen sich als Wächter von Duttweilers Vision.

## Aber ist das noch zeitgemäss?

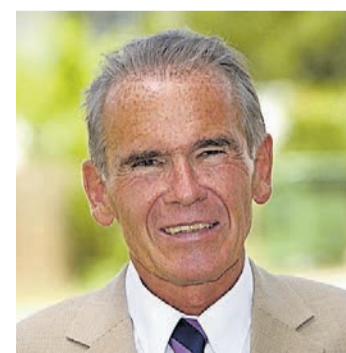
Das müssen andere entscheiden. Fakt ist, dass sich die Migros durch den bewussten Alkoholverzicht imagemässig von der Konkurrenz abhebt. Kommt hinzu, dass sie ja in zahlreichen anderen Tochtergeschäften Bier, Wein und Spirituosen verkauft. Nicht im klassischen Migros-Supermarkt, sondern bei Denner, Alnatura, Voi, Migroli-no und online. Ja sogar auch in

den Restaurants der Migros-Golfklubs. Das reicht.

## Die Migros hat aber zuletzt gegenüber der Konkurrenz eingebüsst. Sie musste im klassischen Supermarktgeschäft gar die Nummer eins an Coop abgeben.

Ja, die Migros könnte einige frische Impulse gut gebrauchen. Aber es muss nicht Alkohol sein. Damit könnte sie schätzungsweise 1,5 bis 2 Milliarden Franken mehr Umsatz generieren. Der Imageschaden und Renommeeverlust bei der treuen Kundschaft wäre hingegen grösser. Der Alkoholverzicht ist ein Heiligtum!

## Heute steht bei vielen Migros-Filialen auch ein Denner mit Alkoholsortiment. Würde sich die Migros nicht selber kannibalisieren?



Ex-Migros-Finanzchef Mario Bonorand (78). Bild: zvg

Das kann ich mir gut vorstellen. Wenn es plötzlich in den Migros-Regalen Wein und Bier gibt, muss ich ja nicht unbedingt noch in den Denner nebenan. Da gäbe es wohl vielerorts ein Nullsummenspiel. Ich erinnere mich an eine ähnliche Diskussion zu meiner Zeit, als Denner plötzlich mehr frisches Gemüse

und Früchte verkaufen wollte. Da regte sich dann bei den Migros-Genossenschaften Widerstand, da sie um Umsätze fürchteten.

## Wie schwierig wäre es für die Migros, Kunden von Aldi und Lidl zu sich zu locken?

Sehr schwierig. Die beiden deutschen Discounter haben einen sehr guten, prägnanten Auftritt und vor allem auch attraktive Preise. Viele Kundinnen und Kunden haben sich an sie gewöhnt. Die Migros müsste sich vor allem klar vom Denner- und Coop-Weinangebot abheben, und das ist gar nicht so einfach. Es gibt nur wenige Weineinkäufer hierzulande mit viel Know-how. Und Coop ist dabei die klare, unangefochtene Marktführerin.

Benjamin Weinmann